

Zweitwohner gelangen an die Regierung

Die Zweitwohnungseigentümer von Flims, Laax und Falera wollen wissen, wie Transparenz erreicht werden kann.

von Jano Felice Pajarola

Der Beschluss ist an der Mitgliederversammlung der Interessengemeinschaft (IG) Zweitwohnungseigentümer Flims Laax Falera vom Samstag gefallen: Auf einen Antrag aus den Reihen der Mitglieder hin soll der IG-Vorstand beim zuständigen kantonalen Departement rechtsverbindlich abklären lassen, welche juristischen Schritte nötig sind, damit die Zweitwohner selbst oder die IG Einsicht in die Verwendung der Tourismusabgaben in der Destination erhalten. «Wir wollen bei der Bündner Regierung nachfragen, wie wir zu Transparenz kommen», erklärt IG-Präsident Reto Fehr. Denn diese stehe ihnen von Gesetzes wegen zu. Die entsprechende Passage findet sich im Gesetz über die Gemeinde- und Kirchensteuern: «Die Gemeinden beziehungsweise die Tourismusorganisationen sind verpflichtet, die Mittelverwendung detailliert offenzulegen.» Die formelle Anfrage an den Kanton soll in Abstimmung mit den anderen Bündner Zweitwohner-IG erfolgen.

Warten auf den Entscheid

Mit Spannung erwartet wird – und das nicht nur von den gut 700 Mitgliedern der IG – ein Entscheid des Bundesgerichts: zur Beschwerde gegen jene Urteile, die das Bündner Verwaltungsgericht in Sachen Gästetaxe in Flims Laax Falera gefällt hat. Die IG hat die Musterfall-Urteile in Lausanne angefochten, doch gemäss Fehr lässt der Entscheid der Richter weiter auf sich warten. Der Fall sei laut Auskunft aus Lausanne in Bearbeitung, «es dürfte noch ein paar Monate dauern».

Nicht zuletzt wegen dieses laufenden Verfahrens hätten 2018 keine offiziellen Kontakte zwischen den Destinationsgemeinden und der IG stattgefunden, heisst es im Jahresbericht der IG. Auch die Anfrage um einen Sitz im Verwaltungsrat der Flims Laax Falera Tourismus AG sei «einmal mehr abgelehnt» worden. «Für einen Dialog», so Fehr, «fehlt von den Gemeinden jegliche Bereitschaft». Bis zum Entscheid des Bundesgerichts werde in der Destination nicht viel passieren. «Wenn die Urteile vorliegen, wird die Zeit reif sein, um mit den Gemeinden erneut das Gespräch zu suchen.»
